Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Alle Postanstalten, Briefträger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 1gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Geschäftsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 82. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Dienstag, den 7. April 1925

Präsidentenwahl und Preußenkrise.

Braun: preußischer Ministerpräsident; Marx: Kandidat für den Reichspräsidentenposten — das ist das Ergebnis der Verhandlungen, die das Zentrum mit der Sozialdemokratie geführt hat. Die ursprüngliche Absicht, Marx zum Kandidaten der Weimarer Koalition zu machen, ist erfüllt, die Sozialdemokratie hat dafür den preußischen Ministerpräsidentenposten erobert, den sie vor dem ersten Wahlgang nicht erreichen konnte.

Es hat in letzter Stunde nicht an Versuchen gefehlt, einen Mittelweg zu finden, der die klare Scheidung für den 26. April verhinderte. Es ist die Bayerische Volkspartei gewesen, die diesen Versuch machte. Sie befindet sich in einer leichten Lage. In Bayern ist sie Trägerin einer Parteikoalition, die wesentlich antimarxistisch eingestellt ist und sich darum auch wiederholt sehr scharf gegen das Zusammengehen des Zentrums mit der Sozialdemokratie aussprach. Dieses Zusammengehen ist ja der Grund gewesen, weshalb sich die Bayerische Volkspartei 1920 vom Zentrum überhaupt getrennt hat. Auf der anderen Seite werden doch wohl sehr stark konfessionelle Momente auf die Stellungnahme der Mitglieder dieser Partei einwirken, die wohl fast sämtlich katholisch sind und sich nur schwer davon abhalten lassen werden, für den Katholiken Marx zu stimmen. Um diesem Dilemma zu entgehen, hat der Führer der Bayerischen Volkspartei, Dr. Leicht, vorgeschlagen, die ganze Wahl des Reichspräsidenten sozusagen zu vertagen, indem man Dr. Simons' Provisorium durch einen Beschluß des Reichstags verlängerte. Er ist mit seinem Vorschlage aber auf keine Gegenliebe gestoßen, weil die Verhandlungen zwischen Zentrum und Sozialdemokratie bereits zum Abschluß gekommen waren und Marx zum Kandidaten für den 26. April bestimmt war.

Der Vorschlag Leichts ging von dem Gedanken aus, dem Reichspräsidenten die unvermeidliche parteimäßige Abstempelung zu nehmen und dadurch seine Stellung unbedingt zu stärken. Es ist ja ganz zweifellos damit zu rechnen, daß der zukünftige Reichspräsident, gleichgültig wer es sei, in den nächsten Wochen vor der Wahl den schärfsten Angriffen von der Gegenseite ausgesetzt sein, und daß der Wahlkampf sehr scharfe Formen annehmen wird. Der Vorschlag Leichts ging aber auch von dem Gedanken aus, die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk, und zwar in direkter Form, ist bei der Schaffung der Verfassung sehr umstritten gewesen, paßt eigentlich auch nicht so ganz zum Grundsatz der repräsentativen Demokratie, die die gegenwärtige Staatsform ist. Keineswegs alle Republiken wählen ja ihr Staatsoberhaupt in der direkten Form wie wir; es geschieht in Amerika indirekt, also durch Wahlmänner, während beispielsweise Frankreich seine Präsidenten in der Art wählt, daß die beiden Kammern zu einer gemeinsamen Sitzung für diesen Zweck zusammentreten.

Doch alle diese Absichten sind überholt durch den Beschluß des Zentrums, der Sozialdemokratie und der Demokratie, Marx als ihren Kandidaten aufzustellen. In der offiziellen Erklärung, die hierüber ausgegeben worden ist, wird nur gesagt, daß der Beschluß gefaßt worden ist auf Grund einer umfassenden Programmdarlegung seitens Marx'. Das Zentrum hat sich übrigens zu dem Entschluß, dem Sozialdemokraten Braun in Preußen die Ministerpräsidentschaft zu verschaffen, noch eher entschlossen, als es die Zustimmung der Sozialdemokratie zur Aufstellung des gemeinsamen Kandidaten Marx erlangt hatte. Damit war die erste Forderung erfüllt, die von der Sozialdemokratie an das Zentrum gerichtet worden war; dieser Entschluß wird auch, auf die parteipolitische Lage im Reich wohl nicht ohne Rückwirkung bleiben. Zweifellos wird der Zusammenschluß der Linken nicht ohne Gegenwirkung bei den im Reichsblock zusammengeschlossenen Parteien bleiben. Man rechnet dort ohne weiteres damit, daß einzelne Teile der Parteien des Linksblocks die offizielle Parteikandidatur nicht werden mitmachen wollen, vor allem der rechte Zentrumsflügel besonders dann nicht, wenn etwa noch eine Preußenwahl hinzukommen würde. Immerhin bleibt der Vorsprung, den die drei Linksparteien zahlenmäßig haben, so groß, daß der Reichsblock vor die ernste Frage gestellt wird, ob auch er nicht zu neuen entscheidenden Schritten in der Kandidatenfrage wird schreiten wollen. Bestrebungen dieser Art, eine Kandidatur zu proklamieren, deren Träger auch auf große Teile der drei Linksparteien starke Anziehungskraft ausüben würde, sind im Gange, obwohl es immer ein mißliches Ding bleibt, etwa den Kandidaten zu wechseln. Auch im Reichsblock wird die Klärung nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Keine gemeinsame Proklamation des Marx-Blocks.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 6. April. Wie der Montagmorgen aus unterrichteten Kreisen erfährt, beabsichtigen die republikanischen Parteien nicht, einen gemeinsamen Wahlaufruf herauszugeben. Vielmehr wird jede der drei Parteien gesondert vorgehen und ein eigenes Manifest erlassen. Vor Dienstag ist mit dem Erscheinen der ersten Proklamationen nicht zu rechnen.

Eine nationale Kandidatur Hindenburgs?

Unverbindliche Besprechung der Kandidatenfrage im Reichsblock.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes"

Berlin, 6. April. Vom Reichsblock wird mitgeteilt: In verschiedenen Blättern sind Meldungen über die Beratungen des Reichsblockes erschienen, die nicht den Tatsachen entsprechen. Der Reichsblock hat am Sonnabend die politische Lage, die durch den Zusammenschluß der Weimarer Koalition geschaffen ist, eingehend erörtert und zwar nicht nur mit Bezug auf die Wahl vom 26. April, sondern auch mit Bezug auf die allgemeine politische Zukunft. Dabei wurde zunächst die Kandidatenfrage nur unverbindlich besprochen. Auf der Basis einer politischen Uebereinstimmung zwischen dem Reichsblock und Dr. Jarres und zwischen Dr. Jarres und dem Generalfeldmarschall von Hindenburg wurde die Möglichkeit einer Kandidatur des Generalfeldmarschalls erörtert. Eine Abstimmung hat im Reichsblock nicht stattgefunden. Die endgültigen Verhandlungen des Reichsblockes werden, wie schon angedeutet, nach dem Abschluß verschiedener Besprechungen und nach Beratung maßgebender Parteiorgane spätestens am Mittwoch stattfinden.

Simons ist nicht gefragt worden.

Eine Erklärung des Vizereichspräsidenten

Der stellvertretende Reichspräsident, Dr. Simons, läßt mitteilen, daß er von dem am 3. d. Mts. im Reichstag erörterten Vorschlag, ihn noch jetzt als Sammelkandidaten für die Wahl des Reichspräsidenten aufzustellen, ebensowenig Kenntnis gehabt habe wie seinerzeit von der Absicht der Parteien des Reichstags, ihm die Stellvertretung zu übertragen, und später von dem Vorschlag, ihn schon im ersten Wahlgang als Sammelkandidaten zu proklamieren. Er kandidiert überhaupt nicht. Einer Verlängerung seiner Stellvertretungsperiode durch verfassungsänderndes Reichsgesetz würde er aus denselben Gründen widersprochen haben, aus denen er im Frühling 1922 dem verstorbenen Reichspräsidenten eindringlich abgeraten hat, sich durch den Reichstag statt durch Volkswahl in seiner Stellung bestätigne zu lassen.

Der demokratische Parteiausschuß billigt die Kandidatur Marx.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 5. April. Die Deutschdemokratische Partei trat am Sonntag im Reichstag zusammen, um zur Reichspräsidentenwahl Stellung zu nehmen. Nach dreistündiger Aussprache wurde folgende Entschließung mit überwältigender Mehrheit angenommen: Der Parteiausschuß spricht dem Kandidaten des ersten Wahlganges, Herrn Staatspräsidenten Hellpach, noch einmal den wärmsten Dank aus für die Uebernahme der Kandidatur und seine kräftige Führung des Wahlkampfes. Die Verkörperung des politischen und weltanschaulichen Gehaltes des demokratischen deutschen Staates, die offene Führung des Wahlkampfes auf dem Boden der Deutschdemokratischen Partei durch eine Persönlichkeit von der geistigen Bedeutung Hellpachs ist ein dauernder Erfolg für die deutsche Demokratie. Alle Versuche, für den zweiten Wahlgang eine Gemeinschaftskandidatur aller staatsfreundlichen Parteien zustande zu bringen, sind von der Demokratischen Partei unterstützt worden, scheiterten aber an der Ablehnung durch fast sämtliche Parteien, sowohl rechts wie links. Unter diesen Umständen und angesichts der vom Reich von außen und innen drohenden Gefahren war die Weimarer Koalition die einzig mögliche feste Grundlage für die Kandidatur eines Präsidenten, der die Gewähr bietet für eine Sicherung der Reichsverfassung, die Fortführung der bisherigen Außenpolitik und dem Wiederaufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft. Der Parteiausschuß billigt den Beschluß des Vorstandes über eine Kandidatur Marx und erblickt in Marx den Gemeinschaftskandidaten des Volksblockes. Er fordert die Organisationen der Partei auf, mit aller Kraft die Wahl des Kandidaten der verfassungstreuen Parteien zu fördern.

Wieder Privathandel in Rußland.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Moskau, 6. April. Im Reichsarbeitsrat, der gestern in Moskau tagte, wurde festgestellt, daß die Unterdrückung des privaten Handels zugunsten des Staatskapitals das Land einer schweren Wirtschaftskrise entgegengeführt habe. Es wurde beschlossen, die außerordentlich hohen Steuersätze zu ermäßigen und den Privatfirmen die Bankprivilege wieder zuzuerkennen. Durch diese drastische Form wird praktisch der Privathandel in Rußland wieder zugelassen.

Kundgebung des Präsidentschaftskandidaten Marx.

Berlin, 5. April.

Aus den Kreisen der Weimarer Koalition wird mitgeteilt: In der Besprechung der Vertreter der im Volksblock vereinigten Parteien erklärte sich Reichskanzler a. D. Dr. Wilhelm Marx zur Annahme der Reichspräsidentschaftskandidatur dankend bereit; er führte in einer längeren Rede u. a. folgendes aus: „Mein Entschluß, mich für die Wahl des Reichspräsidenten zur Verfügung zu stellen, ist mir nicht leicht geworden. Die hohen Aufgaben, mit denen das deutsche Volk in der Reichsverfassung den Reichspräsidenten betraut hat, erfordern vom Inhaber dieses Amtes höchstes Verantwortungsgefühl und treueste Pflichterfüllung. Die höchste Pflicht des Mannes, den das deutsche Volk als seinen Vertrauensmann zum hohen Amt des Reichspräsidenten beruft, ist der Schutz und die Wahrung der Verfassung, aus der ihm seine Rechte und Pflichten erwachsen. In freiem Entschluß, zu dem sich das deutsche Volk aus dem Zusammenbruch in kraftvoller Selbsthilfe aufgerafft hat, bekannte sich das deutsche Volk zum Volksstaat, zur Republik. Aufgabe des Staatsoberhauptes muß es sein, diesen Willen des Volkes zu achten und zu sichern.

Mein ganzes Leben hindurch habe ich mich um die Wahrung und Pflege der hohen Güter christlicher und deutscher Kultur bemüht. Gerade in diesem Monat wuchs in mir die Erkenntnis, wie reich und vielgestaltet das kulturelle Leben unseres Volkes ist, wie aus den starken Kräften der Überlieferung gesundes neues Leben reift, wie sehr jede beste Überzeugung Achtung verdient, und daß ein ruhiges Zusammenleben nur verbürgt werden kann, wenn der Staat die Gewissensfreiheit seiner Bürger gewährleistet und wenn das Volksleben von gegenseitiger Rücksichtnahme und Duldsamkeit erfüllt ist. In diesem Geiste zu wirken, wird mir stets eine der vornehmsten Pflichten sein. Das deutsche Volk will die Verständigung im Geiste der Gerechtigkeit und wahrer Weltbefriedung ein Ziel, das nur erreicht werden kann, wenn das Recht der Völker auf Freiheit und Selbstbestimmung gewahrt bleibt. Darum müssen wir alles daran setzen, daß der Bevölkerung der noch besetzten Gebiete die endliche Freiheit wird, und daß allen unseren Volksgenossen das Recht der staatlichen Selbstbestimmung zugestanden wird, das andere Völker für sich in Anspruch nahmen.

Protest gegen das französische Rheinprojekt

Für das deutsch-schweizerische Projekt.

Freiburg, 5. April.

Auf Veranlassung des Rheinschiffahrtsverbandes Konstanz fand hier in der Kunst- und Festhalle eine große Kundgebung für den Ausbau des Oberrheins, besonders der Oberrheinstrecke Straßburg—Kehl—Basel als Großschiffahrtsstraße statt. In verschiedenen ausführlichen Referaten wurde die ablehnende Stellung zu dem französischen Projekt der Herstellung eines Seitenkanals von Kembs bis Straßburg begründet und auf die tiefgreifenden materiellen und kulturellen Schädigungen einer Verwirklichung dieses Planes für die badische Volkswirtschaft sowie auf seine Unwirtschaftlichkeit gegenüber dem deutsch-schweizerischen Rheinregulierungsprojekt hingewiesen. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, in der dringend der baldige Ausbau der Oberrheinstrecke Straßburg—Basel und Regulierung dieses Flußlaufteiles im Interesse der wirtschaftlichen Erschließung der oberrheinischen Gebietsteile gefordert und das französische Projekt eines linksrheinischen Seitenkanals entschieden abgelehnt sowie der Erwartung Ausdruck gegeben wird, daß die internationale Zentralkommission für die Rheinschiffahrt, die im Laufe dieses Sommers die Entscheidung fällen wird, keine künstliche Absenkung des Rheines aus seinem derzeitigen Lauf zulassen und die Rheinschiffahrtsinteressen aller beteiligten Nationen gleichmäßig wahren wird.

Vertrauensvotum für Herriot.

Aber immer noch Krise.

Paris, 4. April.

Die mit so großer Spannung erwartete gestrige Kammersitzung hat überraschenderweise nicht mit dem Sturz des Kabinetts, sondern mit einem Vertrauensvotum für Herriot geendet: mit 530 gegen 29 Stimmen wurde die von Herriot verlangte Vertagung einer Interpellation Dalimier über den Rücktritt des Finanzministers Clémentel beschlossen. Die Rechte ließ allerdings erklären, daß sie zwar mit der Vertagung, aber nicht mit dem von Herriot geforderten Vertrauen einverstanden sei. Herriot hatte vor der Abstimmung erklärt, daß die Regierung an ihrem Beschluß, dem Parlament in kürzester Frist einen allgemeinen Plan der finan-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF